1. Mai Zeitung

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
am 1. Mai beteiligen sich mehrere Millionen Menschen in allen Teilen der Welt an Demonstrationen und Kundgebungen.
Sie eint dabei das Streben nach einer Alternative zu Kriegen und der Zerstörung der Natur für Profite, nach einer Alternative zur Ausrichtung aller Bereiche des täglichen Lebens nach Kapitalinteressen. Am traditionellen Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter tragen wir die Forderung nach einer Gesellschaftsordnung, die auf Solidarität, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aufbaut offensiv auf die Straße.

In diesem Jahr finden wieder in zahlreichen Städten bundesweit Mobilisierungen zum 1. Mai statt, die sich aufeinander beziehen. Teilweise im Rahmen der Demonstrationen der Gewerkschaften, teilweise mit eigenständige Mobilisierungen werden wir in zahlreichen Städten auf die Straßen gehen.

In dieser Zeitung veröffentlichen die beteiligten Gruppen Hintergrundtexte zu aktuellen Themen, die im Rahmen der Mobilisierungen von Bedeutung sind.

GEGEN EIN EUROPA DES KAPITALS
FÜR EINE WELT DER REVOLUTION!

Die kapitalistische Krise, die 2008 begann, ist noch lange nicht vorbei, auch wenn sie bisher im Bewusstsein Vieler in Deutschland nicht mehr sehr präsent ist. In der Europäischen Union ist die Situation geradezu dramatisch, vor allem Griechenland, Spanien, Irland und die baltischen Staaten stecken tief in der Rezession. Insgesamt haben die Arbeitslosenzahlen in der EU mit fast 19 Millionen (11,8 %) einen neuen Höchststand erreicht.

Die Situation der Lohnabhängigen wird durch die „Lösungsversuche" der herrschenden Klasse ständig verschlechtert. Besonders deutlich wird das am Beispiel Griechenlands, das seit mehr als drei Jahren unter dem Diktat der Troika steht, dem Zusammenschluss von Europäischer Union, dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die Troika gibt Kredite, um die „Zahlungsfähigkeit" Griechenlands sicherzustellen. Gemeint ist damit aber lediglich, die Fähigkeit Zinsen und Kredite insbesondere an deutsche und französische Banken zurück zu zahlen.
Im Gegenzug verlangt die Troika die Einhaltung strenger Auflagen: drastische Kürzungen im Sozialbereich, Massenentlassungen im Öffentlichen Dienst, umfangreiche Privatisierungen und andere soziale Einschnitte. Die Folgen für die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung sind dramatisch. Griechenland etwa hat aktuell eine Jugendarbeitslosenquote von über 60 %, Einkommensverluste von ca. 50% im Vergleich zur Vorkrisenzeit, einen starken Anstieg psychischer Erkrankungen, eine Verdreifachung der Selbstmordrate etc.

Griechenland dient dabei auch als eine Art Versuchsfeld, in dem getestet wird, wie weit die Einschnitte gehen können, bevor es zu Aufständen kommt oder die Gesellschaft völlig zusammenbricht. Momentan stehen weitere Entlassungen im öffentlichen Dienst bevor, obwohl schon Tausende entlassen wurden, der Mindestlohn soll noch weiter gesenkt werden und das öffentliche Gesundheitswesen steht bereits jetzt vor dem Kollaps.
Die Situation in Griechenland ist aber kein Einzelfall. In anderen Ländern finden bereits ähnliche Entwicklungen statt, etwa in Spanien, wo seit Beginn der Krise circa 300 000 Zwangsräumungen von Häusern und Wohnungen vollzogen wurden.

Auch kann so die Zukunft für große Teile der Bevölkerung in der EU aussehen: Mit dem sogenannten Fiskalpakt soll vor allem die Sicherheit der Währung erreicht werden. Bei gleichzeitiger Rettung von angeschlagenen



Konfrontation zwischen Streikenden und der Polizei in Griechenland

Banken und Steuergeschenken an Reiche folgt daraus in der Logik der herrschenden Klasse eine radikale Ausgabenkürzung, die Dimensionen wie in Griechenland annehmen kann.

Dass die BRD relativ gut dazustehen scheint, hat einen naheliegenden Grund: Deutschland ist ein imperialistisches Land, das von der Ausbeutung und der Aneignung billiger Rohstoffe in anderen Ländern und seinem Exportüberschuss, nicht zuletzt aus dem Waffenhandel mit reaktionären Regierungen, profitiert. Auch existiert hier ein ausgeprägter Niedriglohnsektor. So arbeiten zur Zeit 7 Millionen Lohnabhängige für Löhne unter € 8, was vor allem den Hartz-Gesetzen unter Rot-Grün geschuldet ist. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit stieg die Anzahl der Niedriglöhner von 2005 bis 2010 um 13,5 % auf 4,3 Millionen. Etwa 42% der neuen Beschäftigungsverhältnisse wurden im Niedriglohnsektor geschaffen. Folglich lag trotz kurzer Aufschwungphasen in der angeblich boomenden \`Deutschland AG´ der Durchschnittslohn im dritten Quartal 2011 um 5,5 Prozent unter dem Wert vom ersten Quartal 1991 und 4,07 Prozent unter der durchschnittlichen Vergütung im Jahr 2000.
Aber auch das wird nicht verhindern können, dass die Krise wie ein Bumerang auch wieder nach Deutschland zurückkehren wird. Ein Europa der Rezession ist ein denkbar schlechter Absatzmarkt für die stark exportorientierte deutsche Industrie.

Die Exportleistung der deutschen Unternehmer ist letztlich aber nicht unser Problem. Wir haben vielmehr die Aufgabe der fatalen Verarmungspolitik auf allen Ebenen Widerstand entgegenzusetzen und Alternativen zum kapitalistischen System zu entwickeln. In den Krisenländern fanden und finden breite Proteste, meist in Form von Großdemos und Streiks statt. Durch die Besetzung von Fabriken durch die Beschäftigten, von Ländereien durch LandarbeiterInnen oder leerstehender Wohnräume durch zwangsgeräumte Familien wurde die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bereits praktisch in Frage gestellt.

Länderübergreifende Proteste gegen das europäische Krisenregime gab es zum ersten Mal am 14. November 2012. An diesem Tag gab es einen internationalen Generalstreik zu dem der Europäische Gewerkschaftsbund aufgerufen hatte. Insbesondere in Portugal und Spanien gab es eine große Beteiligung, aber auch in Griechenland, Italien, Belgien und Frankreich fanden größere Proteste oder Streiks statt. Insgesamt waren mehrere Millionen an diesem Tag auf der Straße! In Deutschland beteiligten sich immerhin mehrere tausend Menschen an Kundgebungen. Aktive aus den Gewerkschaften und zahlreichen linken Organisationen zeigten damit ihre Bereitschaft über die Ländergrenzen hinweg für die Klasseninteressen einzustehen. Darauf gilt es aufzubauen und diesen Tag nur als Anfang und nicht schon als Höhepunkt internationaler Solidarität zu sehen. Denn vor allem für die Gewerkschaftsspitze bei der IG-Metall steht mehr als je zuvor die „Standortlogik" im Vordergrund. Hierbei geht es nicht um die Solidarität mit den ArbeiterInnen in anderen Ländern, sondern lediglich um die „Solidarität" mit den eigenen Chefs.

Ein wichtiges Mittel um sich über alle Ländergrenzen solidarisch zu zeigen, ist der Kampf als Klasse gegen die Angriffe des Kapitals - nicht das deutsche Kapital ist unser Verbündeter, sondern die Kolleginnen und Kollegen, die mehr oder weniger von den gleichen Angriffen betroffen sind. Dazu bieten die kommenden Tarifrunden, etwa im Einzelhandel, eine Gelegenheit. Denn bei Streiks für Lohnerhöhungen geht es nicht nur darum etwas mehr Geld in der Tasche zu haben, sondern insbesondere darum gemeinsame Erfahrungen zu sammeln. Wir können nur voran kommen, wenn wir uns bewegen, durch jeden Schritt erkennen wir unsere Stärke, sowie unsere noch vorhandenen Schwächen. In gemeinsamen Kämpfen entwickeln wir Solidarität, Selbstbewusstsein und Organisierungsansätze. Nicht zuletzt wird so auch der Trennungsstrich zwischen denen, die fortschrittliche Veränderungen anstreben und denen, die für die Beibehaltung dieser Verhältnisse oder deren Verschärfung stehen, sichtbar.
Die aktuellen Streiks in anderen Ländern zeigen, wie notwendig es ist auch hier das politische Streikrecht einzufordern. Es gilt schließlich das Prinzip, dass man Rechte nicht erbetteln kann, sondern sich nehmen muss.

Bei unseren Kämpfen und Protestaktionen gilt es auch, für Fortschritte einzustehen, die die ganze Klasse betreffen, etwa für die Senkung des Renteneintrittsalters oder die gegen Hartz IV-Sanktionen. Nicht zuletzt muss es auch selbstverständlich werden solidarisch mit MigrantInnen und Flüchtlingen zu sein und jegliche rassistische Hetze zurück zu weisen und zu bekämpfen. Wie aktuell in Griechenland zu beobachten ist, tragen die Hetze in den Medien gegen „illegale" und „kriminelle" Einwanderer, sowie ständige Polizeirazzien dazu bei, ein Klima zu erzeugen, in dem rechte und faschistische Kräfte Auftrieb bekommen. MigrantInnen sind somit einer immer stärkeren Diskriminierung und der Gefahr von Angriffen ausgesetzt, fortschrittliche Veränderungen und kollektive Kämpfe werden mit der Gefahr eines politischen Rechtsruckes konfrontiert.

Neben unseren täglichen Widerstandskämpfen und Streiks und betrieblichen Protestaktionen, sind auch große Kampagnen und Mobilisierungen eine gute Gelegenheit den Widerstand gegen das europäische Krisenregime auf die Straße zu tragen. Die Blockupy-Aktionstage, die wieder von Ende Mai bis Anfang Juni in Frankfurt a.M. stattfinden, werden erneut Tausende auf die Straße bringen.

Über die Beteiligung an Kampagnen, Streiks und Demos darf aber nicht vergessen werden, dass sie alleine für grundlegende Veränderungen nicht ausreichen. Gerade in dieser Zeit, in der es wieder immer deutlicher wird, dass der Kapitalismus sein Weiterbestehen nur mit der Zerstörung sozialer Errungenschaften und der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen sichern kann, ist es notwendig eine Alternative zu entwickeln. Eine gesellschaftliche Ordnung, in der Möglichkeit zur Teilhabe sicher gestellt ist, die Produktion gemeinsam und zum Wohle aller organisiert wird, ist notwendig. Kämpfen wir und organisieren wir uns für eine Gesellschaft, die nicht länger auf Profitstreben, Kapitalverwertung und Konkurrenz beruht. Überwinden wir die Zustände, in denen eine Minderheit die Produktionsmittel besitzt und die Mehrheit ausbeutet, manipuliert und unterdrückt. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist möglich und notwendig!



Die Forderung ist klar, an der Umsetzung muss noch gearbeitet werden. Kundgebung in Stuttgart.

KEIN KRIEG GEGEN SYRIEN!

Seit 22 Monaten herrscht Bürgerkrieg in Syrien. Von Anfang an intervenierten verschiedene Länder, um dort an Einfluss zu gewinnen. Die westlichen Staaten haben ebenso wie die reaktionären arabischen Staaten eigene geopolitische Interessen in Syrien und wollen einen Regime-Wechsel. Nicht zuletzt soll der Iran, als verbündeter Syriens, geschwächt werden. Das westliche Kapital will eine seinen Interessen entsprechende Neugestaltung der Region. Dies, obwohl bereits unter Assad eine neoliberale Politik verfolgt und der syrische Markt für ausländisches Kapital geöffnet wurde. Er zeigte sich aber als nicht ausreichend kooperationsbereit mit den NATO-Staaten.
Das Streben nach einem Regime-Wechsel ist aber auch stark in der syrischen Bevölkerung verankert, da die breite Masse der Bevölkerung zunehmend in die Armut getrieben und Proteste von Polizei und Militär unterdrückt wurden.
Unsere Solidarität gilt daher den Menschen, die sich zu Recht gegen diese Verhältnisse auflehnen.

Proteste gegen die Patriot-Stationierung in der Türkei

Längst nicht alle Kräfte, die sich gegen die Regierungspolitik stellen, sind jedoch fortschrittlich. Es muss differenziert werden zwischen oppositionellen Strömungen, die eine ausländische Intervention fordern und Oppositionsgruppen, die die für soziale Veränderungen einstehen und sich eindeutig gegen eine imperialistische Einmischung wenden. Dazu gehört das „Nationale Koordinierungskomitee für demokratischen Wandel" (NCC), ein Zusammenschluss linker und fortschrittlicher Organisationen, dem auch die kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) angehört. Unter ihrer Führung wurden in weiten Teilen der kurdischen Provinzen Syriens basisdemokratische Volksräte aufgebaut und diese sowohl gegen die Armee, als auch gegen die islamistischen Kämpfer verteidigt.
Unter dem Motto „For a Democratic Syria and a Civilian State" traf sich in Genf Ende Januar 2013 ein breites Spektrum der demokratischen syrischen Opposition. Haytam Manna, der Auslandssprecher des NCC, machte dabei deutlich, dass das Ziel, Assad zu beseitigen, nicht jedes Mittel rechtfertigt. Die TeilnehmerInnen sprachen sich klar gegen eine militärische Intervention aus. Sie setzen weiterhin auf einen politischen Prozess.

Die bewaffnete Opposition, die verschiedene Gruppierungen unter dem Namen „Freie Syrische Armee" vereint, scheint trotz militärischer Unterstützung aus diversen westlichen Ländern, sowie aus den konservativen Monarchien Saudi-Arabien, Katar, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten, bisher nicht in der Lage, den Konflikt zu ihren Gunsten zu entscheiden. Neben syrischen Gruppen versammeln sich in ihr auch ausländische reaktionäre islamistische Kämpfer, bis hin zu Gruppen von Al Quaida. Sie ist nicht zuletzt für zahlreiche Massaker und Angriffe auf fortschrittliche Kräfte verantwortlich. Dieser reaktionäre Teil der „syrischen Opposition" fordert offensiv eine Militärintervention der Nato und erhält bereits auf verschiedenen Ebenen Unterstützung. Moas al-Chatib, der bis vor kurzem der Präsident der „Nationalkoalition für Oppositions- und Revolutionskräfte" war, hat US-Außenminister John Kerry gebeten, das Einsatzgebiet der in der Türkei stationierten Patriot-Systeme auf den Norden Syriens auszudehnen. Bisher hat die Nato einem Kriegseinsatz gegen Syrien eine Absage erteilt, diese Option wird aber immer wieder von Politikern offengehalten oder sogar direkt eingefordert.
Neben indirektem Eingreifen in den Bürgerkrieg ist auch eine direkte imperialistische Intervention somit nicht vom Tisch. Im Dezember beschloss die Bundesregierung die Stationierung von Soldaten und Patriot-Raketensystemen in der Türkei, an der Grenze zu Syrien. Vorausgegangen war ein mehr als fadenscheiniger angeblicher Beschuss türkischer Gebiete durch die offizielle syrische Armee. Aufgrund des Vetos von Russland und China wurde im UN-Sicherheitsrat bisher noch keine Flugverbotszone oder ähnliches gegen Syrien verhängt. Somit fehlt die formale Legitimation einer imperialistischen Intervention. Der Libyen-Krieg wurde beispielsweise erst nach der Enthaltung dieser beiden Staaten zur Entscheidung über eine Flugverbotszone begonnen. Für den Fall, dass ein imperialistischer Krieg begonnen wird – sei es unter UN-Mandat, als NATO-Bündnisfall oder durch eine „Koalition der Willigen" – läuft schon jetzt die bundesweite Mobilisierung zu Protestaktionen. Am Samstag nach „Tag-X" auf die Straße, wenn einer der folgenden Fälle eintritt:

• Die NATO-Truppen werden von syrischem Gebiet aus, tatsächlich oder in einem konstruierten Szenario, angegriffen und marschieren als „Reaktion" in syrisches Gebiet ein.

• Eine Flugverbotszone über syrischem Luftraum wird durchgesetzt. Damit einhergehend wird syrisches Gebiet von der NATO bombardiert.

Achtet auf Ankündigungen! Krieg beginnt hier! Beenden wir ihn hier!

Infos unter: www.syrien-tagx.tk



War starts here - let`s stop it here!

In der Altmark – mitten in der schönen Colbitz-Letzlinger Heide in Sachsen-Anhalt – liegt der größte und modernste Truppenübungsplatz Europas. Auf einer Fläche von 232 Quadratkilometern proben hier Bundeswehr und Nato die Kriege, die sie gegenwärtig in der Welt führen und in Zukunft führen wollen. Auf dem Gelände des Gefechtsübungszentrums (GÜZ) soll eine Kulissenstadt mit dem Namen Schnöggersburg entstehen. Im November 2012 hat die Bundeswehr mit dem Bau der Kriegsübungsstadt begonnen. Ab 2017 sollen Soldaten dort die Aufstandsbekämpfung in urbanen Zentren trainieren. Es wird eine künstliche Stadt aus insgesamt 520 Gebäuden errichtet, inklusive U-Bahn-Stationen, Elendsviertel, Häuserschluchten, einem Fluss und Brücken. Antimilitaristische AktivistInnen haben bereits verschiedene Protestaktionen gegen das GÜZ organisiert, unter anderem wurde das Gelände geentert und mit antimilitaristischen Parolen farblich markiert.

2013 wird es wieder ein WarStartsHere-Camp geben. Vom 21. bis 29. Juli werden wir gemeinsam in der Nähe des GÜZ antimilitaristisch campen, diskutieren und Aktionen starten.

Weitere Informationen: www.warstartsherecamp.org



VIVA LA LIBERTAD!

Zwischen der hysterischen Abneigung gegenüber einer sozialistischen und kommunistischen politischen Ausrichtung und der Vereinnahmung ihrer Geschichte und Begriffe ist es heutzutage vielerorts nicht einfach deutlich zu machen, wofür diese Perspektive eigentlich steht. Selbst innerhalb von verschiedenen linken Strömungen wird sich schnell über „Stalinismus" und „Autorität" empört, sobald der Begriff Kommunismus fällt.
Im folgenden werden wir umreißen weshalb es gerade heute keine Alternative zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung gibt, was diese definiert und weshalb wir uns nicht von der Tradition derer lossagen sollten, die vor uns dafür gekämpft haben.



1. Mai 2012

Sozialismus oder Barbarei – wofür wir uns entscheiden und weshalb es keinen dritten Weg gibt

Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus, ist – zumindest in den Grundzügen – schnell erklärt: Kapitalismus beruht auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln, d.h. eine Klasse verfügt im wesentlichen über die Fabriken, den Grundbesitz und große Mengen an Kapital (Geld und Sachwerte, die es ermöglichen sich die Arbeitskraft anderer Menschen und damit den von ihnen geschaffenen Mehrwert anzueignen). Praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche werden von dieser Klasse und den im Kapitalismus angelegten Grundprinzipien, wie Konkurrenz und Verwertungszwang bestimmt, die Arbeitsbedingungen, die Verteilung des von der ganzen Gesellschaft geschaffenen Reichtums, die Kultur, das Bildungswesen usw. Die herrschende Klasse wird insbesondere von privaten Besitzern einzelner Unternehmen, Großmanagern, Aufsichtsräten und Unternehmens-Vorständen gebildet. Dass es dahingehend in den vergangenen Jahrzehnten formelle Differenzierungen gegeben hat, heute theoretisch selbst Schein-Selbstständige als Unternehmer zählen und innerhalb dieser Klasse zahlreiche Unterschiede existieren, ändert nichts am Grundprinzip: Eine sehr kleine Klasse profitiert von der Arbeit der großen Mehrheit, eignet sich so unvorstellbare Mengen an Reichtümern an, kontrolliert den Staat und besitzt die Macht die zentralen gesellschaftlichen Belange innerhalb des kapitalistischen Rahmens zu bestimmen. Auch viele die nicht direkt zur herrschenden Klasse gehören, stehen in deren Dienst, vom einzelnen Gewerkschaftsfunktionär über den Redakteur bis zum Richter.
Die Arbeiterinnen und Arbeiter als dem Kapital gegenüberstehende Klasse sind im Kapitalismus tagtäglich gezwungen ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen, weil sie kein Kapital besitzen. Mitbestimmungsmöglichkeiten existieren für sie nur soweit sie das System nicht in Frage stellen und die weitere Schaffung von Profiten nicht wesentlich gefährden. Im Gesamten betrachtet, war und ist die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter im Kapitalismus von zentralen Entscheidungen ausgeschlossen, wird gezwungen unter von der Kapitalistenklasse bestimmten Bedingungen zu arbeiten und zu leben und die Probleme und Angriffe, die der Kapitalismus für sie mit sich bringt, weitgehend hinzunehmen. All dies, obwohl sie die Mehrheit der Gesellschaft bildet, als Klasse den gesellschaftlichen Reichtum schafft und die Kapitalistenklasse ohne ihre Ausbeutung nicht existieren könnte.

Im Sozialismus gibt es keinen Privatbesitz an Produktionsmitteln, d.h. an Kapital das dazu dient andere auszubeuten. Die Wirtschaft wird dementsprechend nicht länger von einzelnen in Konkurrenz stehenden Unternehmen bestimmt, sondern richtet sich nach Bedürfnissen, rationalen Erwägungen und demokratisch getroffenen Entscheidungen. So werden die Fabriken unter die Kontrolle der ArbeiterInnen gestellt, was und wie dort produziert wird wird kollektiv entschieden und mit den Menschen in der Region abgestimmt. Es steht fortan nicht länger das Streben nach Profiten im Mittelpunkt des Systems, sondern eine Verbesserung der Lebenssituation für die gesamte Gesellschaft. Anstelle des bürgerlichen Staatsapparates werden dementsprechend Strukturen entwickelt über die das gesellschaftliche Leben ohne Verwertungsinteressen organisiert wird und die dabei Mitbestimmung und die Niederhaltung jeglicher Form der Ausbeutung gewährleisten. Mit der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und dem aus ihr hervorgehenden bürgerlichen Staat, gehen nach und nach weitere umfassende gesellschaftlichen Veränderungen einher: Waren werden in dem Umfang und der Qualität produziert, die benötigt werden, d.h. Bedarf und notwendige Planungen werden anstelle von Profitspekulationen zum Maßstab genommen. Die Arbeitsverhältnisse können mit dem Ende der kapitalistischen Zwänge endlich verändert werden, anstelle entfremdeter Lohnarbeit treten produktive Tätigkeiten, über die selbst bestimmt wird und die nach den Bedürfnissen aller gestaltet werden.
Die Unmengen anfallender Arbeit und Ressourcen, die nur durch das aus der Konkurrenz der Unternehmen resultierende kapitalistische Chaos herrühren, werden nicht länger vergeudet. Allen bleibt somit ausreichend Zeit für Bildung, Kultur und all die anderen Betätigungen für die heute nur marginal Platz neben der Lohnarbeit ist. Im Bildungswesen geht es nicht länger darum verwertbare Arbeiter im Interesse des Kapitals heranzubilden, sondern um die Aneignung und Vermittlung von Wissen. Auch die Gesundheitsvorsorge liegt nicht länger in der Hand profitorientierter Konzerne, sondern wird im gesellschaftlichen Interesse für alle im bestmöglichen Maße zur Verfügung gestellt. Verschiedene im Kapitalismus entstandene Auswüchse, etwa der heute immer größer werdende Bankensektor, der riesige Mengen an Ressourcen und Kapazitäten verschlingt und durch den lediglich Geld von hier nach dort verschoben wird, ohne dass dabei irgendetwas hergestellt wird, werden dagegen gänzlich überflüssig.

Mit dem Ende eines nach Kapitalinteressen ausgerichteten Systems folgen tatsächliche Demokratie, Selbsorganisierung und Solidarität: Entscheidungen werden nicht von, mit dem Kapital verflochtenen, zu jeder Lüge bereiten, Politikern getroffen, sondern in erster Linie direkt in Versammlungen oder von der Bevölkerung unmittelbar ernannten Delegierten. Nicht zu vergessen das Ende

Sozialismus und Kommunismus

Heutzutage sind beide Begriffe stark verwässert, in einigen Ländern etwa nennen sich selbst rechte Sozialdemokraten sozialistisch. Die Definition der Begriffe die wir für die richtige halten, bezeichnet eine Produktionsweise und ein politisches System als *sozialistisch*, die nicht in erster Linie auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln beruhen, die Kapitalistenklasse also nicht mehr die Macht innehat und dementsprechend nicht mehr die Maximierung von Profiten etc. die Grundlagen sind.
Der *Kommunismus* ist die weitere Entwicklung, d.h. ein gesellschaftliches System das vollständig von Ausbeutung und Unterdrückung befreit ist und staatliche Strukturen, die über die kollektive Verwaltung, Planung und Verteilung hinausgehen, überflüssig geworden sind.



imperialistischer Kriege und der mit ihnen einhergehenden Militarisierung. Die Klasse der Lohnabhängigen der verschiedenen Länder hat schließlich kein Interesse daran sich zu bekriegen, dementsprechend werden mit dem Ende der Macht des Kapitals auch dessen Kriege um Machtstellung, Märkte und Rohstoffe ein Ende haben. Internationale Solidarität und die Überwindung der Ländergrenzen können und müssen an ihrer Stelle folgen. Ebenso können andere Unterdrückungsverhältnisse, die heute tief im Kapitalismus verwurzelt sind und nicht zuletzt der aus ihm erwachsenen gesellschaftlichen Verrohung folgen, etwa die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit überwunden werden.

Viele konkrete Errungenschaften und erste Ansätze der beschriebenen möglichen und notwendigen Entwicklung, die wir seit den ersten konkreten Versuchen des Aufbaus des Sozialismus 1917 bis heute, entweder in einzelnen Regionen als erkämpfte Projekte und in einigen Ländern als die gesamte Bevölkerung betreffenden bewusste Schritte hin zum Sozialismus erfahren konnten und können, sind für uns eine mögliche Orientierung. Die Probleme, Mängel und späteren Rückschritte, die aus verschiedenen Gründen mit ihnen oftmals einhergingen, sind als Erfahrungswerte und ihre Lösung als elementare Herausforderung zu betrachten – nicht als Anlass weiter die kapitalistische Barbarei hinzunehmen, uns auf das Spinnen von Utopien zu verlegen oder die herrschenden Verhältnisse lediglich zu kritisieren.

Die Fehler vermeiden, das Gute behalten – für eine sachliche Auseinandersetzung mit der Geschichte

Es ist kein Zufall, dass heute ein Grundwissen über Charakter und Entwicklung der einstigen sozialistischen Staaten nur marginal vorhanden ist. Seit Jahrzehnten wird in Medien, Politik und Schulen keine sachliche Auseinandersetzung darüber gepflegt, sondern schlichte antikommunistische Propaganda betrieben. Konkrete historische Begebenheiten werden ausgeblendet, Probleme skandalisiert, Übertreibungen und reißerische Geschichten am laufenden Band



Spanien 1936

> ***Der Antikommunismus ist niemals etwas anderes gewesen, als die billige Ausrede, um jede Verbesserung der menschlichen Lage in Verruf zu bringen.***
>
> Heinrich Mann

produziert. Mittlerweile ist man bei einem Punkt angekommen, in dem Systeme wie das der DDR gar zunehmend mit dem Faschismus gleich gesetzt werden. Bei all dem fällt auch auf, dass die Situation in den kapitalistischen Staaten nicht annähernd auf die gleiche Weise thematisiert wird – vom Doping im Sport über manipulierte Medien, Reisebeschränkungen, Überwachungsmaßnahmen und anderen Machenschaften der Geheimdienste, staatliche Repression und Aufrüstung, Armut und Hunger oder auch die Privilegien für die Oberschicht. Die problematischen Entwicklungen, die in den verschiedenen Bereichen stattgefunden haben, werden immer und immer wieder als symptomatisch für die sozialistischen Staaten dargestellt. Im Bezug auf die heutige Situation im Kapitalismus wird das meiste allenfalls als Randphänomen, wenn nicht als notwendig behandelt. Wann werden schon die toten Flüchtlinge an den immer intensiver abgesicherten deutschen und europäischen Außengrenzen thematisiert? Oder die Armut die der Kapitalismus in den allermeisten Ländern mit sich bringt und die sich nicht nur in nicht ganz gefüllten Supermarktregalen äußert? Oder die Abhängigkeit der Medien von den Werbegeldern aus der Industrie und den Parteibüchern der Chefredakteure, oder...

Die Probleme und Fehlentwicklungen die es innerhalb der sozialistischen Länder gab, brauchen weder bestritten, noch beschönigt werden. Sie müssen aber sachlich und unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände beurteilt werden. Schließlich kann niemand ernsthaft behaupten, fundamentale gesellschaftliche Umbrüche würden reibungslos und von heute auf morgen stattfinden können, insbesondere in einer Welt in der Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Elend zum Alltag gehören und die Menschen seit Jahrhunderten prägen.

Die ersten konkreten Schritte hin zur Überwindung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus fanden, nach dem blutig niedergeschlagenen Aufstand der Pariser Commune 1871, zu Beginn des 20. Jahrhunderts statt. Sie waren stets von massiven Angriffen der herrschenden Klasse begleitet – Zensur, Inhaftierungen, Folter, Spitzeltätigkeiten, Massenerschießungen und vielfältige Repressalien von Polizei und Militär. Die Oktoberrevolution 1917 in Russland und die ihr nachfolgenden größeren erfolgreichen Revolutionen insbesondere in China sahen sich nach ihren Siegen mit massiven unmittelbaren Problemen konfrontiert: Die gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere der Produktivkräfte war noch nicht sehr weit fortgeschritten, Armut und Hunger weit verbreitet. Durch Krieg und Bürgerkrieg waren zudem große Teile der Infrastruktur zerstört. Erfahrungen im Aufbau von Strukturen jenseits feudaler oder kapitalistischer Systeme, auf denen aufgebaut hätte werden können, waren zwangsläufig nicht oder kaum vorhanden. Ein großer Teil der bewusstesten und engagiertesten Aktivistinnen und Aktivisten wurden bereits in den revolutionären Kämpfen getötet. Die große Masse der Bevölkerung strebte zwar nach grundlegenden Veränderungen, konnte aber natürlicherweise nicht innerhalb weniger Jahre die alten Mechanismen und tief verankerten Gepflogenheiten überwinden. Die alten Machthaber und nicht zuletzt auch von den imperialistischen Staaten wie Deutschland unterstützten Konterrevolutionäre führten stetig Angriffe, Anschläge und Sabotageaktionen durch. Dennoch ist es innerhalb weniger Jahre und Jahrzehnte gelungen enorme Entwicklungen in Gang zu bringen. Die alten Ausbeuter wurden abgesetzt, die Produktion zunehmend im Interesse der ganzen Gesellschaft organisiert und enorm weiterentwickelt. Das Bildungswesen wurde komplett umstrukturiert, eine Vielzahl neuer Schulen und Bildungseinrichtungen gebaut und die Alphabetisierungsrate von Jahr zu Jahr gesteigert. Das gleiche trifft auf die Gesundheitsvorsorge, den Bau wichtiger Infrastruktur wie Straßen und Schienen, technologische Entwicklungen und zahlreiche weitere Bereiche, von denen immer größere Teile der Bevölkerung profitierten, zu. Wenige Jahrzehnte nachdem die dortige Gesellschaft noch in Teilen feudal geprägt war, überholte die Sowjetunion die

Wissenschaftlicher Sozialismus

Was mit dem Text nur kurz angeschnitten werden konnte, ist letztlich eine umfassende Wissenschaft die ökonomische, philosophische und weitere Bereiche umfasst. Als Einführung empfiehlt sich die Schrift von Friedrich Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zu Wissenschaft“. Weitere Texte und Textempfehlungen finden sich u.a. hier: www.revolutionaere-aktion.org/texte



kapitalistischen Staaten etwa im Hinblick auf die Raumfahrt durch den ersten Menschen im Weltall. Auch was Frauen- und Menschenrechte angeht, wurden Errungenschaften erzielt, die vor der Revolution kaum vorstellbar waren. Statt Militarismus und Fremdenhass waren Friedenspolitik und internationale Solidarität elementare Grundlage der Politik. Zweifelsohne waren jedoch zunehmend auch problematische Entwicklungen Teil dieser Prozesse und führten letztlich zum Niedergang der ersten großen Welle sozialistischer Errungenschaften. Bürokratismus und Dogmatismus, eine Entfremdung der Funktionäre in kommunistischer Partei und Staat vom Volk, Unterdrückung von Kritik und Widerspruch, sowie autoritäre Repression gingen mit der sukzessiven Wiederherstellung kapitalistischer Elemente einher.

Was heute bleibt, ist eine Fülle von Erfahrungen aus mehreren Jahrzehnten der Versuche den Sozialismus und Kommunismus zum Durchbruch zu verhelfen – gute, an denen wir anknüpfen können und schlechte, die uns Fehler vermeiden lassen. Die heroischen Kämpfe und der Einsatz vieler Millionen Kommunistinnen und Kommunisten im Kampf gegen die kapitalistische Barbarei, für eine befreite Gesellschaft sind nicht vergessen, sondern sind uns auch heute noch Vorbild bei unserem Handeln.

Die Aktualität der Revolution

Die Überwindung des Kapitalismus und die Verwirklichung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung stellen letztlich eine neue Epoche der Menschheit dar und sind nicht von heute auf morgen zu machen. Ein solch tiefgreifender Prozess bedingt zwangsläufig Rückschläge, Phasen der Stagnation, langsame und auch sprunghafte Entwicklungen. Geduld, Kontinuität und Verbindlichkeit gehören folglich zu den dafür nötigen Eigenschaften. Weltweit, mancherorts vielleicht nur wenige Dutzend, mancherorts aber schon die Mehrheit, setzen sich heute unzählige Menschen für dieses große Ziel ein. Ob bei betrieblichen Kämpfen, Protesten in Schulen und Universitäten, im Kampf gegen Faschismus und Krieg oder beim Aufbau linker Strukturen, erzielen wir hierzulande zumindest gelegentlich kleine Erfolge und leisten Widerstand gegen den nach wie vor vorherrschenden kapitalistischen Mainstream.

Andernorts sind die Entwicklungen bereits weiter fortgeschritten: Eine sozialistische Perspektive rückt für Millionen Menschen in Lateinamerika ganz konkret stetig näher. Der Sozialismus als Gesellschaftsmodell der Zukunft wird dort offen thematisiert. Getragen von den Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern, den Land- und Arbeitslosen, werden z.B. in Venezuela nach und nach Maßnahmen umgesetzt, von denen der große Teil der Bevölkerung profitiert. Während in den kapitalistischen Ländern Arbeitsplätze abgebaut werden, werden dort welche unter zunehmend selbstbestimmten Bedingungen geschaffen. Während an den Universitäten in den westlichen kapitalistischen Ländern Institute geschlossen und immer mehr Menschen von den Möglichkeiten zu studieren ausgeschlossen werden, werden dort die Fächer eingeführt, nach denen es Bedarf gibt. Ein kostenloses Gesundheitswesen wird aufgebaut, gewerkschaftliche Initiativen unterstützt, Großgrundbesitz enteignet und verteilt, Fabriken unter die Kontrolle der ArbeiterInnen gestellt und vieles mehr. All den Menschen weltweit, die daran sind eine befreite Gesellschaft zu verwirklichen, ob in Venezuela, Bolivien, Ecuador oder Kuba, gilt daher unsere internationalistische Solidarität.

Am 1. Mai gehen wir offensiv für eine kommunistische Perspektive auf die Straße, gleich ob die Schreihälse in den Parlamenten und bürgerlichen Medien jegliche Alternative zum Kapitalismus als unmöglich oder barbarisch darstellen. Wir geben uns nicht mit etwas Umverteilung zufrieden und nicht mit dem Versprechen von Reformen. Der Kapitalismus mit seinen Kriegen, seinen Krisen, seiner Armut, seiner Umweltzerstörung, seiner tagtäglichen Ausbeutung und seinem Profitstreben hat abgewirtschaftet. Es liegt an uns eine Alternative aufzubauen und zu verwirklichen.

Für Solidarität und Klassenkampf!
Für den Kommunismus!



Kundgebung in Caracas. Vor wenigen Jahren galt auch in Lateinamerika eine Perspektive jenseits des Kapitalismus als unvorstellbar. Heute ist es für viele Millionen Menschen in Venezuela, Bolivien oder Ecuador unvorstellbar, nicht weitere konkrete Schritte hin zum Sozialismus zu unternehmen oder gar wieder auf die bisher dabei gemachten Errungenschaften verzichten zu müssen.

Einheitsfeiern am 3. Oktober in Stuttgart

Jährlich finden in einer der Landeshauptstädte die zentralen Feierlichkeiten zum „Tag der deutschen Einheit" statt. Statt „blühender Landschaften" hat die Einverleibung der DDR aber für Millionen Menschen dort Arbeits- und Perspektivlosigkeit mit sich gebracht.
Zusammen mit der nationalistischen Welle der „Wiedervereinigung" führte dies nicht zuletzt dazu, dass rechte und faschistische Strukturen dort vielerorts einen Nährboden fanden und finden. Nach und nach wurden die Errungenschaften der DDR beseitigt, Unmengen an Industrie und Infrastruktur abgebaut. Nachdem vormals Völkerverständigung, Frieden, Antifaschismus und Solidarität zu den politischen Leitlinien gehörten, wurden nun wieder Militarismus, Nationalismus, Konkurrenz und Verwertungslogik durchgesetzt.
Es hat zweifelsohne problematische und zu kritisierende Entwicklungen in der DDR gegeben, sie war dennoch der fortschrittlichste Staat, der jemals auf deutschem Boden existiert hat.

Wir rufen zu Protesten auf gegen das nationalistische und antikommunistische Spektakel am 3. Oktober 2013 in Stuttgart, gegen die Eliten aus Politik und Wirtschaft, die Sozialabbauer und Kriegstreiber, die sich dort der Öffentlichkeit als die Sieger über den Sozialismus präsentieren wollen! Achtet auf weitere Ankündigungen.

Der Kampf für eine kommunistische Perspektive als Tagesaufgabe. Guerillas in Indien in einem der befreiten Gebiete, wo das Land kollektiv bestellt, die Unterdrückung von Frauen nicht länger geduldet und die Errungenschaften gegen die Angriffe von paramilitärischen und staatlichen Truppen verteidigt werden.



MORDENDE NAZIS – AHNUNGSLOSER STAAT?

VERFASSUNGSSCHUTZ AUFLÖSEN

Im Mai 2013 beginnt in München der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Neonazis wegen der Verbrechen der faschistischen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU). Dreizehn Jahre konnte diese rassistische Mörderbande ungehindert durch Deutschland ziehen, zehn Menschen erschießen und weitere durch Bombenanschläge verletzen. Dass der Staat die NSU-Mörder nicht stoppte, lag nicht einfach an „bedauerlichen Pannen". Viele Führungskader der militanten Neonazi-Szene arbeiteten in den 1990er Jahren als V-Leute des Verfassungsschutzes und erhielten Geld sowie Schutz vor Strafverfolgung. Inzwischen steht fest: Auch mehrere Unterstützer des ‚NSU' waren V-Leute. Mindestens einmal versorgten diese mit ihrer staatlichen Gage die untergetauchten Faschisten, ein späterer Polizeispitzel lieferte dem Trio um Beate Zschäpe Sprengstoff. Teile des Verfassungsschutzes wussten von dem ungefähren Aufenthalt der Untergetauchten, ihrer Bewaffnung und dass sie Anschläge planten – schirmten sie aber vor Enttarnung und Verhaftung ab. Kein Wunder also, dass die Verfassungsschutzämter immer wieder und massenhaft Aktenbeweise vernichteten, als heraus kam: hinter der Mordserie an Einwanderern steckten Nazi-Terroristen. Die Polizei leugnete bis dahin alle Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund der Mordserie und ermittelte stattdessen nach rassistischer Logik mit der „SOKO Bosporus" im „kriminellen Ausländer-Millieu". Die Opfer und ihre Familien wurden zu TäterInnen gemacht: Polizei und Medien versuchten ihnen jahrelang Mafia-Verbindungen anzudichten.

Seit dem die faschistische Terrorzelle und die Aneinanderreihung von "Pannen" bei der Arbeit des Verfassungsschutzes mit dem Auffliegen des „NSU" 2011 öffentlich geworden sind, werden verschiedene Interpretationsmöglichkeiten und Hintergründe diskutiert.
Offensichtlich ist die bewusste Nichtbeachtung der Faschisten durch den Verfassungsschutz. Dass der Geheimdienst nicht das ganze Ausmaß des rechten Terrors kannte mag sein, dass er gar nichts wusste scheint aber, bei mindestens 24 Spitzeln in unmittelbarer Nähe zum NSU, mehr als nur unwahrscheinlich. Dass er dennoch - anders als bei Ermittlungen gegen linke Gruppen - seine immensen Möglichkeiten nicht nutzte, erklärt sich aus der Verfasstheit und der eigentlichen Funktion dieser Behörde. Gegründet von hochrangigen Nazis, richtete sich der Verfassungsschutz seit seinem Bestehen vor allem gegen die linke und revolutionäre Opposition. Seine Aufgabe war es von Anfang an und ist es bis heute, die bestehende ungleiche Verteilung von Produktionsmitteln, Reichtum und Macht mit geheimdienstlichen Mitteln abzusichern. Diese eigentliche Agenda der präventiven Aufstandsbekämpfung ist es, die es dem Geheimdienst schon strukturell verunmöglicht effektiv gegen faschistische Bestrebungen vorzugehen. Dafür ist er einfach nicht geschaffen.
Auf der anderen Seite deutet momentan recht wenig auf eine gezielte und großangelegte staatliche Steuerung der rechten Mörder hin. So hat keine größere Kapitalfraktion oder der deutsche Verfassungsschutz ein objektives, direktes Interesse an schwer zu kontrollierenden faschistischen Terrorbanden und ebenso wenig übrigens an einer faschistischen Bewegung die stark genug ist die Machtfrage zu stellen. Auch wenn wir stets Verschärfungen der Ausbeutung, der Repression und auch einen aggressiven deutschen Imperialismus feststellen können, schaffen es die regierende, besitzende Klasse und deren Handlanger noch recht zuverlässig, ihre Macht und ihre Interessen mithilfe der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie durchzusetzen.
Dass dies nicht so bleiben muss, ist allerdings ebenso richtig wie die Feststellung, dass die jetzige faschistische Szene durchaus auch einen gewissen Nutzen für die Herrschenden hat: Behördlicher, institutionalisierter Rassismus, die Sondergesetzgebung für Flüchtlinge, Massenabschiebungen und periodisch aufkommende rassistische Debatten in den Medien, erscheinen durch den Verweis auf die noch radikaleren Forderungen der „Rechtsextremisten" als moderater und normaler Teil des politischen Meinungsspektrums. Während dies den rechten Schlägern als Rechtfertigung ihrer Taten dient, waschen sich bürgerliche Politiker, egal wie menschenfeindlich und rechts ihre Politik eigentlich ist, so vom Vorwurf des Rassismus rein. Auch dienen militante Nazis oftmals schon heute der Schwächung linker Struktu-



Demo am 13.04. in München

Der Verfassungsschutz und sein „Nazi-Bafög"

Kaum anders lässt sich das V-Mann System des Verfassungsschutzes bezeichnen. Nicht nur im Umfeld des NSU unterhielt der Verfassungschutz zahlreiche „Verbindungs-Männer", die häufig ihre staatlichen Gehälter nutzten um ihre rechten Strukturen zu finanzieren.

Tino Brandt beispielsweise, Kopf des „Thüringer Heimatsschutz", aus dessen Reihen auch die NSU-Mörder kamen, bekam für Spitzeltätigkeiten zwischen 1994 und 2001 200.000 Mark. Nach eigener Aussage war er fast immer über anstehende Hausdurchsuchungen informiert, er soll „Antifa-Zeitungen" erhalten haben, die nicht offen zugänglich waren und er hat wohl zumindest Teile des Geldes in den Aufbau rechter Strukturen gesteckt. Dies wird auch gestützt von einem „Positionspapier" des BKA aus dem Jahre 1997, darin wirft es dem Verfassungsschutz vor V-Männer systematisch zu schützen, vor Durchsuchungen zu warnen und die Verfolgung von Straftaten zu behindern.

Noch direkter steckte nach Informationen der Süddeutschen Zeitung der bayerische Verfassungsschutz Geld in faschistische Strukturen. Kai Delek aus Oberfranken soll für seine Spitzeltätigkeiten mehr als 150.000 Mark erhalten haben. Er baute das „Thule-Netz", ein bundesweites Mailbox-System, mit auf und wurde zu einer zentralen Figur der bayerischen Neonaziszene.

„Kleiner Adolf" - So lautete der Jugendspitzname des hessischen Verfassungsschützers Andreas T. Er war in seinem Dorf wegen seiner rechtsextremen Gesinnung bekannt. Kein Grund ihn nicht zum V-Mannführer zu machen. Er hielt dabei Kontakt zu mindestens einer „Quelle" aus dem rechtsextremen Bereich, also einem für Informationen bezahlten Neonazi. Dieser „Verfassungsschützer" befand sich am 6.4.2006 in eben jenem Internetcafé, in dem gleichzeitig Halit Yozgat vom NSU erschossen wurde. Auf einen Zeugenaufruf der Polizei meldete er sich nicht. Erst über einen DNA-Abgleich wurde er identifiziert, worauf ge-

gen ihn wegen Mordes ermittelt wurde. Die Ermittlungen wurden allerdings schnell eingestellt. Als Waffennarr bekannt hatte er mehrere, legale Waffen zu Hause die bei der Durchsuchung gefunden wurden. Zusätzlich besaß er Munition, die zu keiner seiner Waffen passte. Für welche Waffe die Munition bestimmt war, wird sich wohl nicht mehr aufklären lassen. Die einzige Konsequenz für Andreas T.: Er wurde ins Regierungspräsidium nach Kassel versetzt.

Kai-Uwe Trinkaus - Auch wenn nach bisherigem Kenntisstand keine Verbindung zum NSU besteht, ist der Fall Kai-Uwe Trinkaus sicherlich aufschlussreich über das Verhältnis des Verfassungsschutzes zu seinen V-Leuten. Trinkaus war Kreisverbandsvorsitzender in der NPD und unterhielt offen Kontakte zum militanten Neonazispektrum, er stand zumindest 2006-2007 im Dienste des Thüringer Verfassungsschutz. Er versuchte sich auch selbst im Spitzeln, so versuchte er eine Praktikantin bei der Gewerkschaft ver.di einzuschleusen und es gelang ihm einen anderen Praktikanten bei einem Landtagsabgeordneten der Partei die Linke unter zu bringen. Besonders verwunderlich: 2007, also noch während seiner Spitzelzeit, gelangte er an Ermittlungsakten der Polizei gegen AntifaschistInnen, deren Adressen und Namen dann auf der NPD-Website veröffentlicht wurden. Er selbst sagt er habe diese Daten vom Verfassungsschutz erhalten.

Hintergründe und aktuelle Infos zum NSU den Verbindungen zum Verfassungsschutz und dem Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Faschisten:

www.nsu-watch.info
www.nsuprozess.blogsport.de

ren und werden gleichzeitig als Vorwand für den Kampf gegen „jeglichen Extremismus", also das staatliche Vorgehen gegen Linke auf verschiedenen Ebenen genutzt.

Das Auffliegen des „NSU" und die damit verbundene Debatte zeigt offen den systembedingten rechten Nährboden für faschistische Terrorzellen. Zwischen einem gesellschaftlichem Klima und Skandalanhäufungen in staatlichen Institutionen, die eine solche rechte Terrorbande morden lassen und einer direkten Unterstützung und Förderung faschistischer Strukturen liegt jedoch ein qualitativer Unterschied.
Eine Gesellschaft, die aus einem System entsteht, dass auf Ausgrenzung, Ausbeutung und Unterdrückung basiert, ist objektiv gesehen aber eben auch Grundvoraussetzung für faschistische Aktivitäten und Ideologie. Im Kapitalismus bestehen immer die Widersprüche zwischen den privilegierten Teilen der Gesellschaft und den Unterdrückten. Der Faschismus als potenziell letzte systemerhaltende Maßnahme bleibt daher auch immer eine Herrschaftsoption, solange das kapitalistische System besteht.

Notwendig ist also eine starke und kämpferische Front gegen diese zutiefst menschenverachtende Ideologie und Bewegung. Anstatt den Staat und seine Behörden als Ansprechpartner oder effektiven Akteur im antifaschistischen Kampf anzusehen, müssen wir selbst antifaschistische Strukturen aufbauen und möglichst viele Menschen in diesen Abwehrkampf miteinbeziehen.
Unter dem Schutz einer schlagkräftigen und organisierten Antifaschistischen Aktion gilt es eigene revolutionäre Alternativen zum System zu propagieren und zu erkämpfen.



Auch am 1. Mai: Faschisten bekämpfen!

Auch in diesem Jahr werden Nazis versuchen den 1. Mai für ihre menschenverachtende Hetze zu missbrauchen. Tausende Antifaschistinnen und Antifaschisten werden sich ihnen u.a. in Frankfurt a.M. und Würzburg in den Weg stellen - und sich dabei nicht zuletzt gegen Angriffe der Polizei und deren Versuche, den Nazis den Weg frei zu prügeln, wehren müssen.
Den Antifaschistinnen und Antifaschisten, die in ihrer Region versuchen die Nazi-Aufmärsche zu verhindern, wünschen wir dabei viel Erfolg!

FREIHEIT FÜR DENIZ!

Nach dem Auffliegen des „NSU" und der Verstrickung deutscher Geheimdienste, fand im März 2012 in Nürnberg eine Demonstration für die Auflösung des Verfassungsschutzes statt. Eine Route durch die Innenstadt wurde verboten, die Demonstration schließlich mehrfach von der Polizei angegriffen und mehrere Menschen verletzt.
Drei Wochen später wurde der Aktivist Deniz K. festgenommen und in Untersuchungshaft gesteckt. Der Vorwurf: „Versuchter Totschlag" an mehreren Polizisten. Er soll bei der Demonstration mit einer 2 cm dicken, bzw. dünnen Fahnenstange auf gepanzerte und behelmte Polizisten eingeschlagen haben. Beim Prozess wurde deutlich, dass die Vorwürfe eigentlich nicht haltbar waren: Nur einer der fünf angeblich beinahe getöteten Polizisten behauptete überhaupt eine Verletzung, nämlich einen Kratzer, davongetragen zu haben - hielt es aber für nicht nötig ihn attestieren zu lassen. Aussagen der Polizeizeugen wurden nachweislich abgesprochen. Als „Beweise" konnten lediglich Videoaufnahmen vorgelegt werden, die undeutlich eine Rangelei zwischen DemonstrantInnen und der Polizei zeigten.
Dennoch wurde Deniz letztlich zu 2 Jahren und 6 Monaten Haft wegen „versuchter gefährlicher Körperverletzung" verurteilt.
Das skandalöse Urteil reiht sich ein in zahlreiche Fälle staatlicher Angriffe gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten. Getroffen sind einige, gemeint sind wir alle!

Mehr Infos: www.denizk.blogsport.de

Gemeinsam gegen Repression - die Rote Hilfe unterstützt alle die aufgrund von fortschrittlichen Aktivitäten kriminialisiert werden. Mehr Infos : **www.rote-hilfe.de**





REVOLUTIONÄRE GEGENMACHT AUFBAUEN



Wer die bestehenden Verhältnisse verändern will, wird früher oder später mit der organisierten Macht der herrschenden Klasse konfrontiert. Die Mittel können hierbei unterschiedlich sein, sie reichen von unterschwelliger Propaganda bis hin zu direkter Repression in Form von Angriffen auf Demonstrationen, Strafverfahren und Knast.
Der bürgerliche Staat stellt hierbei nur scheinbar eine über der Gesellschaft stehende Institution dar. Ganz konkret setzt er unter anderem durch sozialen Kahlschlag nach innen und imperialistische Aggression nach außen unmittelbar die Interessen der herrschenden Klasse um. Um den Kapitalismus überwinden zu können, ist es daher notwendig die Macht der Herrschenden zu brechen. Das kann nur gelingen, wenn wir uns gemeinsam organisieren und eigene Strukturen auf- und ausbauen.

Der Macht der Herrschenden die eigene Organisierung entgegensetzen

Widerstandsbewegungen sind häufig Resultat spontan aufkommender Dynamiken. Alleine sind sie aber kaum in der Lage grundlegende Ziele durchzusetzen und erst recht nicht die bestehenden Verhältnisse umzuwerfen. Für einen Prozess der revolutionären Veränderung ist das konstruktive Zusammenwirken von politischer Bewegung in verschiedenen Teilbereichen und revolutionärer Organisation entscheidend.
Auf antifaschistischer und antimilitaristischer Basis agierende Strukturen beispielsweise stellen die Grundlage dar, um die notwendigen Kämpfe gegen rechte Tendenzen und imperialistischen Krieg führen zu können.
Sie alleine sind jedoch nicht ausreichend. Entscheidend ist das Entwickeln einer organisierten, politischen Gegenmacht. Durch den Aufbau einer politischen Organisation, als Zentrum eines revolutionären Prozesses, können die Kämpfe zusammengeführt und Bewegungen vorangebracht werden. Sie bietet die Möglichkeit die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen im kollektiven Rahmen zu analysieren und diese weiterzuentwickeln. Das von ihr Entwickelte darf allerdings nicht als starr und abgeschlossen betrachtet werden, sondern muss sich in der Praxis als richtig erweisen.

Für einen revolutionären Aufbauprozess

Ein revolutionärer Aufbauprozess muss unterschiedliche Ebenen berücksichtigen. Ein reines Fokussieren auf Teilbereichskämpfe wäre genauso falsch wie ein von diesen abgekoppelter Aufbau einer revolutionären Struktur. So reicht etwa eine noch so starke antifaschistische Organisation nicht aus, um einen revolutionären Prozess weiterentwickeln zu können. Die Aufgabe des Abwehrkampfes gegen faschistische und reaktionäre Umtriebe würde immer wieder in den Mittelpunkt rücken. Gerade in Zeiten des gesellschaftlichen Aufbruchs hat die herrschenden Klasse auf autoritäre Lösungen zum Erhalt der eigenen Macht gesetzt. Antifaschismus muss daher zwangsläufig als Teilbereich des revolutionären Kampfes betrachtet werden, kann jedoch nicht als Ersatz für eine revolutionäre Struktur herhalten.



Aktuell laufen bundesweit verschiedene Organisierungsdebatten und Prozesse. Häufig münden diese in gemeinsame Kampagnen und Mobilisierungen. Ein gemeinsames inhaltliches Fundament wird meist vernachlässigt. Wenn diese Prozesse allerdings als reine Vernetzung bestehen bleiben, laufen sie Gefahr in Stagnation oder Zerfall zu enden. Eine Angleichung in der politischen Theorie und Praxis ist eine notwendige Grundlage, um mehr entwickeln zu können, als Kampagnen und einzelne Mobilisierungen.
Das Verhältnis von Theorie und Praxis muss hierbei ausgewogen und aufeinander aufbauend sein. Als Lesezirkel abstrakte Konzepte zu erarbeiten wäre ebenso wenig zielführend wie reiner Aktionismus. Die Erfahrungen aus Streiks, antifaschistischen Aktionen, dem Aufbau linker Zentren etc. müssen analysiert und weiterentwickelt werden. Die politische Organisation bietet hierfür den geeigneten Rahmen und zugleich die Voraussetzung, um das Entwickelte wieder umsetzen zu können.
Damit die gemachten Fehler nicht wiederholt werden, sondern auf die gemachten Erfahrungen aufgebaut werden kann, muss die Kontinuität durch die politische Organisation gewährleistet werden.

>>>

Aktiv werden!

Antifaschistisch:
Naziumtriebe und rechte Ideologien stellen eine direkte Bedrohung insbesondere für MigrantInnen und linke und fortschrittliche Strukturen und Bewegungen dar. Der Kampf gegen den Faschismus hat neben dem unmittelbaren Selbstschutz aber auch eine langfristig entscheidende Bedeutung. In revolutionären Situation haben die Herrschenden historisch betrachtet immer wieder auf reaktionäre Ideologien und faschistische Organisationen als Stütze zum Machterhalt zurück gegriffen.

Heilbronn: Offenes antifaschistisches Treffen // 2. Dienstag im Monat // 19 Uhr // Ver.di Jugendheim
www.oat-hn.tk

Stuttgart: Antifaschistisches Aktionsbündnis // 1. Donnerstag im Monat // 19 Uhr // Linkes Zentrum Lilo Herrmann
www.aabs.tk

Bühl: Antifaschistischer Abend // siehe Ankündigungen // Soziales Zentrum Caracol

Schopfheim: Offenes Antifa-Treffen // Siehe Ankündigungen // Café Irrlicht

Tübingen: Offenes Treffen gegen Faschismus und Rassismus // 2. Montag im Monat // 20 Uhr // Klubhaus
www.otfr.blogsport.de

Mannheim / Ludwigshafen: Antifa-Abend // 3. Dienstag im Monat // 19.30 Uhr // JUZ Friedrich Dürr
www.ajlm.blogsport.de

Villingen-Schwenningen: Offenes antifaschistisches Treffen // 1. Mittwoch im Monat // 19 Uhr // Gewerkschaftshaus Schwenningen





Internationalistisch & Antimilitaristisch:
Die internationale Solidarität war schon immer von enormer Bedeutung für die ArbeiterInnenbewegung. Eine Überwindung des Kapitalismus ist nur über Ländergrenzen hinweg machbar.
Den imperialistischen Kriegstreibern gilt es offensiv im eigenen Land entgegenzutreten. Seien es Bundeswehrauftritte auf Messen oder die militärische Operationen die von Deutschland aus koordiniert werden – keine Ruhe den Kriegstreibern!

Heilbronn: Arbeitskreis internationale Solidarität // www.akishn.blogsport.de

Stuttgart: Offenes Treffen gegen Krieg & Militarisierung // 1. Montag im Monat // 19 Uhr // Linkes Zentrum Lilo Herrmann // www.otkm-stuttgart.tk

Linke Zentren:
Für politisches Engagement sind Räume und der Aufbau einer umfassenden Infrastruktur elementar. Informiert euch über Termine und beteiligt euch am Auf- und Ausbau linker Strukturen.

Stuttgart: Linkes Zentrum Lilo Herrmann // Böblingerstr. 105 // www.linkeszentrumstuttgart.org

Heilbronn: Soziales Zentrum // Wollhausstraße 49 // www.sz-kaethe.org

Bühl: Soziales Zentrum Caracol / Eisenbahnstraße 4 / 77815 Bühl // www.caracol-buehl.de

... mehr auf den Webseiten der an der Zeitung beteiligten Gruppen.

Den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung als Perspektive

Es geht uns nicht nur um das Schaffen von linken Freiräumen, ein Ende der imperialistischen Aggression oder das Zerschlagen von Nazistrukturen, unser Ziel ist ein grundlegend anderes Gesellschaftssystem. Die aktuellen Kämpfe und Strukturen stellen hierbei den Ausgangspunkt dar. Durch ihr strategisches Weiterentwickeln kommen wir der revolutionären Perspektive Stück für Stück näher.
Weltweit kämpfen Menschen für eine Perspektive jenseits des Kapitalismus. In mehreren Ländern, unter anderem Lateinamerikas, wird aktiv an einem anderen Gesellschaftsmodell gearbeitet. Eine sozialistische Gesellschaft in der sich jeder nach seinen Fähigkeiten einbringen und nach seinen Bedürfnissen leben kann ist keine Träumerei. Sie ist ein konkretes Projekt für das es sich lohnt zu kämpfen – am 1. Mai und an allen anderen Tagen auch.

Für einen revolutionären Aufbauprozess!
Für die soziale Revolution!

1933 | 2013
80. JAHRESTAG DES GEWERKSCHAFTSVERBOTES DURCH DIE NAZIS

Als Hitler im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, riefen die Gewerkschaften ihre Mitglieder auf „kühles Blut und Besonnenheit“ zu wahren. Von „voreiligen und schädlichen Einzelaktionen“ solle abgesehen werden. Damit jedoch nicht genug: in den folgenden Monaten setzten sich in der Gewerkschaftsführung Positionen durch, die immer weiter auf eine Kooperation mit den Nazis setzten. So versuchte sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) mit den Führungen der beiden anderen Richtungsgewerkschaften, den christlichen und liberalen Gewerkschaften, auf eine gemeinsame „Einheitsorganisation“ zu einigen. Der Ende April gegründete „Führerkreis“ erkannte das faschistische Terrorregime samt Führerdiktatur an und akzeptierte auch die ideologischen Grundlagen des „völkischen Einheits- und Machtwillens“. Es sollte nunmehr keine „klassenmäßige Trennung“ und auch keine „volksabgewandte Internationalität“ mehr geben.

Dieser Kurs gipfelte schließlich im Aufruf zum 1. Mai 1933. Darin begrüßten die Gewerkschaften, dass dieser Tag nun endlich zum gesetzlichen „Feiertag der nationalen Arbeit“ erklärt worden sei, und forderten die deutschen Arbeiter darüber hinaus auf, an den von der Regierung veranlassten Feiern als „vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft“ teilzunehmen.

Der Weg den die, maßgeblich von Sozialdemokraten dominierten, Gewerkschaftsspitzen damals einschlugen, der von Ausschlüssen von Kommunistinnen und Kommunisten, sowie einer zunehmenden Anbiederung an die bürgerlichen Kräfte und dem Hoffen auf ein Bündnis von Kapitalistenklasse und Proletariat geprägt war, war mit dem Aufruf zum 1. Mai 1933 vorläufig zu Ende. Am 2. Mai 1933 stürmten die Nazis die Gewerkschaftshäuser, führten Festnahmen und Misshandlungen durch. Es gab keinen größeren Widerstand. Für die Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften gab es zu diesem Zeitpunkt offenbar nichts mehr zu verteidigen, für das es sich gelohnt hätte, Haft, Misshandlungen oder den Tod zu riskieren.
Eine der wichtigsten Organisationsformen der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter, um gegen die Angriffe des Kapitals, gegen den faschistischen Terror, den Raubkrieg und die millionenfache Ermordung der Jüdinnen und Juden kämpfen zu können, war vernichtet.


Nazis beim verbrennen von Unterlagen aus den geplünderten Gewerkschaftshäusern 1933



UNSERE WAHL 2013: WIDERSTAND LEISTEN UND SICH ORGANISIEREN



Man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, dass nach allem Wahlkampfgetöse, das bereits begonnen hat, der Wahlausgang im September nichts grundlegendes ändern wird. Denn dass bürgerliche Staaten heute zumindest in einigen Teilen der Welt als demokratisch erscheinen und dementsprechend oberflächliche Möglichkeiten zur Veränderung und Mitgestaltung gegeben sind, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wahl eines bürgerlichen Parlaments nach wie vor ein Teil des kapitalistischen Systems ist. Sie ist damit keinesfalls ein Instrument zur beliebigen Veränderung. Eine parlamentarische Mitgestaltung des Kapitalismus, Koalitionen mit bürgerlichen Parteien und die Einhaltung der Regeln und Gesetze dieses Systems führen nicht zu einer antikapitalistischen Perspektive. Parteien, die sich darauf beschränken, arbeiten sich zwangsläufig an der Verwaltung dieses Systems ab. Sie werden in der Regel früher oder später von denen bestimmt, die dieses System nicht ablehnen, sondern allenfalls etwas anders gestalten wollen. Ein bekanntes Beispiel ist die SPD, bei der der Prozess der Verbürgerlichung bereits im Kaiserreich vor dem ersten Weltkrieg begann und die heute mit ihren Ursprüngen als sozialistische ArbeiterInnenpartei nichts mehr zu tun hat. Ein anderes Beispiel sind die Grünen, die in den 1980er Jahren als linksalternative Protestpartei angefangen haben und sich schon Ende der 90er Jahre offen auf die Seite des Kapitals gestellt haben: als Teil der rot-grünen Bundesregierung (1998-2004) setzten sie sowohl die „Agenda 2010" mit den Hartz-Gesetzen und der massiven Ausweitung des Niedriglohnsektors, als auch den ersten Kriegseinsatz deutscher Soldaten nach 1945 durch.

Wahlboykott als Konsequenz?

Das Propagieren von Wahlboykott oder ungültig wählen ist nur ein taktisches Mittel, das in erster Linie in einer revolutionären Situation Sinn macht. Wenn also das bürgerlich-kapitalistische System bereits anfängt zu schwanken und die Gefahr besteht, dass revolutionäre Aktionen der Massen durch parlamentarische Wahlen ausgebremst werden, kann ein massenhafter Wahlboykott zusätzlich mobilisierend wirken. In der heutigen Situation allerdings, wo eine Wahlbeteiligung von 60 % schon als „hoch" gilt und die revolutionäre Linke in der Gesellschaft noch weit davon entfernt ist eine zentrale Rolle zu spielen, ist eine Kampagne für einen Wahlboykott in der Regel überflüssig und schadet allenfalls den linken parlamentarischen Kräften.
Solche Kampagnen vermögen es zudem selten eine Alternative aufzeigen. Im Vordergrund steht eben das Nicht-Beteiligen. Möglichkeiten die parlamentarische Veränderungen bieten können und ein sinnvoller taktischer Umgang damit werden in den Wahlboykott-Aufrufen in der Regel nicht berücksichtigt.

Die Linkspartei als Alternative?

In einigen Ländern gab und gibt es eine starke Linke im Parlament, die den antikapitalistischen Kräften neue Möglichkeiten eröffnet hat. Kann man diese Feststellung auf Deutschland einfach übertragen? Die Frage nach dem Verhältnis der revolutionären Linken zur Linkspartei muss in jeden Fall differenziert beantwortet werden.
Für ein solidarisches Verhältnis und ein Unterstützung gibt es einige Gründe: Innerhalb der Partei existieren sowohl auf bundesweiter als auch auf lokaler Ebene verschiedene Strömungen, die nicht weniger aktiv und konsequent für eine Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse eintreten, als zahlreiche außerparlamentarische Strukturen. Dazu gibt es mehrere positive Beispiele einer effektiven politischen Praxis durch die Zusammenarbeit von Aktiven der Linkspartei und außerparlamentarischen Kräften. Ein Verhältnis zu entwickeln, bei dem an Punkten, wo es Gemeinsamkeiten gibt, eine Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung stattfindet, dient einem revolutionären Prozess praktisch mehr als dogmatische Abgrenzung. Heute die Differenzen in den Mittelpunkt zu stellen und die Distanz zu vergrößern, statt die Zusammenarbeit und Diskussionen mit diesen Kräften zu suchen, trägt sicher nicht zu einer positiven Entwicklung einer starken revolutionären Linken bei. Ob bei Antikriegsmobilisierungen, Sozialprotesten oder beim Kampf gegen die Faschisten kann die Zusammenarbeit verschiedener fortschrittlicher Kräfte nur gewinnbringend sein. Zudem bietet die Linkspartei durch die Präsenz ihrer Positionen, die zumindest die Möglichkeit von Alternativen zum neoliberalen Mainstream öffentlich sichtbar machen, Ansätze für weitergehende Inhalte und eröffnet Räume für weitergehende Debatten. Als einzige im Bundestag vertretene Fraktion wendet sie sich gegen Privatisierungen, Sozialabbau bei gleichzeitigen Geschenken an Vermögende und vielem mehr, was von den Massenmedien tagein, tagaus als „alternativlos" dargestellt wird. Auch unterstützt sie die außerparlamentarische Linke durch die Weitergabe und Veröffentlichung von Informationen, die sie z.B. durch Anfragen im Bundestag erhält.

Es gibt jedoch auch zahlreiche Fakten, die eine Kritik an der Linkspartei richtig und notwendig machen: Ihre konkrete Politik kann dort, wo sie sich bisher an Landesregierungen beteiligt, oft noch nicht einmal mehr als reformistisch, sondern muss als bürgerlich bezeichnet werden. Ein bekanntes Beispiel sind die Privatisierungen von Wohnungsbaugesellschaften durch den damaligen SPD/Die Linke-Senat in Berlin. Große Teile der Partei stellen das kapitalistische System zudem allenfalls vage und verbal, keineswegs jedoch direkt und konsequent in Frage. Dazu kommen ParteivertreterInnen, die einer revolutionären und kommunistischen Perspektive direkt entgegen arbeiten. Auch die Träumereien von einer rot-rot-grünen Koalition, die realistisch gesehen nur möglich ist, wenn die Linkspartei nach rechts rückt und zentrale Positionen aufgibt, zeigen die Unterschiede zur revolutionären Linken auf.

Eigenständig organisieren!

Zentral ist und bleibt eine eigenständige Organisierung der revolutionären und antikapitalistischen Kräfte. Die Grundlagen zur Überwindung des Systems sind das aktive Streben zumindest eines Großteils der unterdrückten Klassen nach Veränderung, die Bereitschaft zur Konfrontation mit den kapitalistischen Institutionen, das Vorantreiben des organisierten Klassenkampfes und des politischen Widerstandes, sowie der Selbstorganisierung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.
Das ist das Entscheidende - und nicht, ob nun unter Schwarz-Gelb, Rot-Grün oder einer großen Koalition die Angriffe auf die Lohnabhängigen weitergehen. Unsere Aufgabe in diesem Wahlkampftheater ist es folglich dafür zu sorgen, dass Faschisten und Rassisten keinen öffentlichen Raum nutzen können, etwa in dem wir gegen die Aktivitäten der NPD zu den Wahlen vorgehen. Zudem gilt es die weitverbreitete Kritik an der Wahlpropaganda aufzugreifen, um Diskussionen über eine andere, sozialistische Gesellschaft anzustoßen und den Wahlkampf der bürgerlichen Parteien für Protestaktionen zu nutzen.
Eine solidarische Unterstützung der Linkspartei als fortschrittlichste parlamentarische Kraft, mit der auch sonst Bündnisse und eine Zusammenarbeit möglich sind, kann dies ergänzen, ist für eigenständige Aktivitäten und Strukturen aber kein Ersatz.



GESCHICHTE DES 1. MAI

Im Juli 1889 wurde der 1. Mai vom Internationalen Sozialistenkongress in Paris zum weltweiten Kampftag des Proletariats erklärt. Die damaligen Hauptforderungen waren die Einführung des 8 Stunden-Tages und die internationale Solidarität der ArbeiterInnen aller Länder gegen Krieg und staatliche Unterdrückung.
Dieser Kampf wurde von großen Teilen der ArbeiterInnenklasse als Kampfansage an die herrschende Klasse und als nächster Schritt auf dem Weg in eine Gesellschaft ohne kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung begriffen. Dementsprechend fiel die staatliche Repression gegen die 1. Mai Demonstrationen aus: sie wurden oftmals verboten und waren - teilweise sind sie dies bis heute - Angriffen des Militärs und der Polizei ausgesetzt.
Seit mehr als 120 Jahren steht der 1. Mai für die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Er steht für Frieden, den Klassenkampf gegen die Angriffe auf unsere Lebenssituation, die Gleichberechtigung der Geschlechter und für internationale Solidarität. Er steht für den Kampf gegen Faschismus, Rassismus und gegen staatliche Repression. Am 1. Mai bringen wir alle diese Forderungen auf einen Punkt und gehen für eine revolutionäre Perspektive, eine Welt fern von Ausbeutung und Unterdrückung auf die Straße.

AKTIVITÄTEN AM 1. MAI 2013

BERLIN

10 Uhr | Hackescher Markt | Klassenkämpferischer Block auf der DGB-Demo
18 Uhr | Spreewaldplatz | Revolutionäre 1. Mai-Demo

HAMBURG

10:30 Uhr | Spielbudenplatz | Klassenkämpferischer & Antikapitalistischer Block auf der DGB-Demo

MANNHEIM

9 Uhr | DGB-Haus | Antikapitalistischer Block auf der DGB-Demo

STUTTGART

10 Uhr | Marienplatz | Antikapitalistischer Block auf der DGB-Demo
11:30 Uhr | Schlossplatz | Revolutionäre 1.Mai-Demo
14:30 Uhr | Linkes Zentrum Lilo Herrmann | 1. Mai Fest

VILLINGEN-SCHWENNINGEN

10 Uhr | Schwenningen Bahnhof | Antikapitalistische Beteiligung auf der DGB-Demo

[diese Auflistung ist natürlich nicht vollständig, sie enthält in erster Linie die Mobilisierungen an denen die Gruppen, die diese Zeitung herausgeben, beteiligt sind]

31. Mai & 1. Juni

Protestaktionen gegen Kapitalismus & Krise

in Frankfurt

Blockaden und Demo!
Gemeinsame Anreise aus mehreren Städten!



Diese Zeitung wird herausgegeben von:
Revolutionäre Aktion Stuttgart www.revolutionaere-aktion.org
Rote Aktion Mannheim www.roteaktion.blogsport.de
Linke Aktion Villingen-Schwenningen www.linkeaktion.blogsport.de
Revolutionäre Linke Rastatt/Baden-Baden www.rlrb.blogsport.de

Die Herausgabe wird unterstützt von:
Revolutionäre Perspektive Berlin www.perspektive.nostate.net
Antikapitalistische Linke München www.al-m.org

V.i.S.d.P.: Hermann Weinert, Mehringdamm 101, Berlin

